

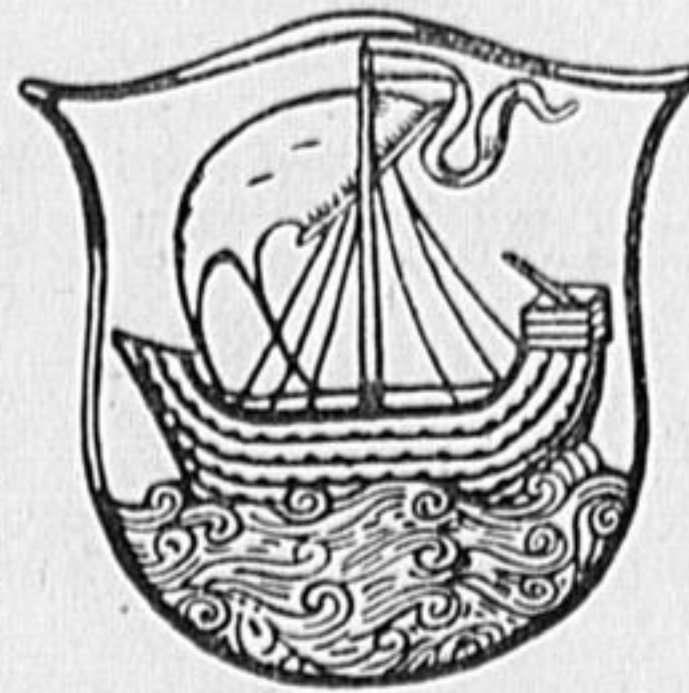
Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgrosch Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele, Inh. Walter Siele
Verantwortlich: K. Krollappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeitzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfg., 35 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 52

Bad Schandau, Donnerstag, den 3. März 1927

71. Jahrgang

Zür eilige Leser.

* Wie die TU. erzählt, wird Botschafter v. Hoersch, der bei Dr. Stresemann in San Remo weilte, am Donnerstag seinen Posten wieder antreten. Der Temps will wissen, daß Botschafter v. Hoersch vor der Abreise Briands nach Genf eine Unterredung mit ihm haben wird.

* Der polnische Außenminister Jastelski hatte gestern vor seiner Abreise nach Genf noch eine Unterredung mit dem deutschen Gesandten Kaufher.

* Nach einer Meldung aus Mailand entstand auf dem mit Exnatron beladenen Dampfer „Roma“ im Hafen von Genua beim Löschen der Ladung eine Explosion, bei der vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

* Der französische Episkopat, insgesamt 104 Bischöfe, richtete an den Papst eine Ergebenheitsadresse, in der er sich mit der Achtung der Action française einverstanden erklärt.

Beziehungen zwischen Volk und Heer.

Von Franz Geiger-Kronshagen.

Für das Heerwesen — in des Wortes weitester Fassung — waren zur Zeit absolutistisch regierter Staaten neben der geographischen Lage des Landes nur die außenpolitischen Bindungen und Ziele des Staatsoberhauptes maßgebend. Mit der Entwicklung der Technik, der Industrialisierung und ihren wirtschaftlichen, sozialen und staatspolitischen Folgeerscheinungen sind diese festumgrenzten, leicht bestimmbar Grundlagen des Heerwesens verschoben, zum größten Teil unwiderrückbar verwickelt geworden. Die Wurzeln der Landesverteidigung umspannen heute all die Imponderabilien, die in der wechselseitigen Verührung und Ueberkreuzung der verschiedensten Interessenskreise begründet liegen.

Die Vorteile geographisch geschützter Grenzen und einer abgegrenzten Lage sind fast völlig geschwunden, denn neuzeitliche Kriegsmittel überwinden Flüsse, Gebirge und Meere und können jedes Land in seiner ganzen Ausdehnung zum Kriegsschauplatz machen. Der Krieg von morgen stellt also nicht nur an den Frontsoldaten, sondern an jeden Staatsbürger die Forderung, gegen die seelischen Erschütterungen des Krieges widerstandsfähig zu sein.

Die Außenpolitik jedes Staates muß — schon aus wirtschaftlichen Gründen — bemüht sein, Kriege so lange als irgend tunlich zu vermeiden. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den Völkern werden also seltener. (Ein Beweis, daß sie dennoch nicht ausgeschaltet werden können, geht über den Rahmen dieser Abhandlung hinaus.) Die Vorstellung vom Krieg schwindet, während sich das Tempo der technischen Entwicklung beschleunigt; der Krieg fordert somit eine noch mehr gesteigerte physische Widerstandskraft.

Seiner Wirtschaftsform nach muß heute ein Land, um militärisch als stark gelten zu können, bis zu einem erheblichen Grad Industrieland sein. Als solcher wird es aber im Frieden in den internationalen Wettbewerb hineingezogen, und um in diesem zu bestehen, ist es nicht zugänglich, die schaffenden Kräfte durch allgemeine Wehrpflicht zwar in militärischem Sinn ausreißend zu erziehen, sie aber den wirtschaftlichen Aufgaben allzu lange zu entziehen. So wird der Wehrgebanke vom Streben nach Rentabilität und Produktivität der Wirtschaft nicht unerheblich überwuchert werden.

Weiterhin: Dem Agrarstaat stand als Soldat der Bauer zur Verfügung, der die leicht zu bedienende Handwaffe als Feuerkraft und das ihm vertraute Pferd als Transportkraft verwendete, und für den die Verteidigung des Landes, vielleicht sogar seines Eigentums, eine sinnfällige Notwendigkeit war; der Industrieland dagegen liefert für die Bedienung der maschinellen Feuerwaffen und Transportmittel den technisch geschulten Arbeiter, dessen einziges Kapital seine Arbeitskraft ist. Darin liegt eine doppelte Erschwernis der Erfahrungsfrage: einmal ist der Arbeiter durch den Daseinskampf in einen sozialpolitischen Ideenkreis gezwungen, in dem die Unterbrechung friedlicher Erwerbsarbeit kaum genügende Begründung finden kann; zweitens muß die plötzlich notwendige Trennung in kämpfende und rüstende Volksteile das Gleichgewicht der Lebensbedingungen aus den Angeln heben.

Aus diesen Gedankengängen ist zu ersehen, wie die Landesverteidigung mit fortschreitender Industrialisierung durch die Veränderung der Menschen berührenden Probleme gerade die feste Grundlage verliert, die durch die Entwicklung der Waffen immer mehr entscheidende Bedeutung gewinnt.

Bei der Betrachtung, wie diese Diskrepanz in den Beziehungen zwischen Volk und Wehrmacht in eine Konsonanz umgestaltet werden kann, folge ich im wesentlichen den im Augustheft 1926 des „Journal of the Royal United Service Institution“ veröffentlichten Ausführungen des englischen Obersten Billiers Stuart.

Die Aufgabe, den Wehrgebanke im Volk zu erhalten, ruht auf der kleinen Friedensarmee; diese Last ist zu groß, als daß sie ohne Mithilfe des Volkes getragen werden könnte. Wenn nun der Krieg Leben und Eigentum eines jeden Staatsbürgers bedroht, so ist das Interesse an der Verteidigung un schwer zu wecken. Hat die breite Masse des Volkes erfährt, worum es sich handelt, so wird sie Aufklärung wünschen. Damit wird die Aufgabe der Wehrmacht, das Volk zu erziehen, möglich. Noch mehr. Das Volk wird bessere Schutzmaßnahmen fordern, und die Regierung wird diesem Ruf entsprechen müssen und — da es Volkswille ist — auch können.

Mit dieser von Oberst Stuart angedeuteten Entwicklung ist aber mehr erreicht als nur die Bewilligung von Geldern und Geldmitteln für die Landesverteidigung. Die Kluft zwischen

Ministerzusammenkunft in Genf

Geheimausprache über die Rheinlanddrängung.

Stresemann, Briand und Chamberlain auf der Ratstagung.

Am der am nächsten Montag in Genf beginnenden Tagung des Völkerbundes werden, wie nunmehr feststeht, auch Briand und Chamberlain teilnehmen. Die beiden Außenminister haben sich zu dieser Zeitnahme endgültig entschlossen, um Dr. Stresemann gegenüber, der zum erstenmal als Präsident der Tagung fungieren wird, hierdurch einen Höflichkeitssakt zu erweisen. In einem scheinbar von amtlicher Seite inspirierten Artikel weist das Pariser Blatt „Leit Parisien“ darauf hin, daß in Genf auch diesmal hinter den Kulissen sehr wichtige Privatgespräche zwischen Briand, Stresemann und Chamberlain geführt würden, wie dies bei den letzten Tagungen bereits zu einer Gewohnheit geworden sei. In der französischen Presse wird weiter erklärt, daß es sich bei diesen Privatgesprächen hauptsächlich um die **Räumung des Rheinlandes** handelt.

Die offizielle Tagung der Ratstagungen selbst sei, schreibt der „Leit Parisien“, so wenig umfangreich, daß ein Maximum von sechs Tagen zu ihrer Erledigung genügen könne. Nur zwei wichtige Fragen seien zu behandeln: die Saarfrage und die der deutsch-polnischen Beziehungen in Oberschlesien. Frankreich habe sich bereits am 18. März des vorigen Jahres prinzipiell bereit erklärt, seine Truppen aus dem Saargebiet zurückzuführen, wenn auf irgendeine andere Weise die Eisenbahnverbindung zwischen dem französischen Mutterlande und den Besatzungstruppen im Rheinland sichergestellt werde. Man

konnte hoffen, daß das Wehrheitskompromiß der Regierungskommission — Schaffung einer internationalen Bahnschutztruppe von 800 Mann — in Genf Billigung finden werde.

Tagung der Abrüstungskonferenz.

Wie Reuters meldet, wird die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz am 21. März zu ihrer zweiten Tagung in Genf zusammentreten. Man rechnet damit, daß diese Beratungen mehrere Wochen dauern werden. Hinsichtlich des Abrüstungsvorschlags des Präsidenten Coolidge wird allgemein angenommen, daß erst gegen Ende des Sommers eine ernsthafte Erörterung zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan möglich sein wird. Das Amerikanische Repräsentantenhaus bewilligte die Bereitstellung von Mitteln für die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Genfer Abrüstungs- und Wirtschaftskonferenz.

Die deutsche Delegation.

Die deutsche Delegation für die Märztagung des Völkerbundes wird am Freitag nach Genf abreisen. Die Delegation wird von Ministerialdirektor Gauz und Geheimrat v. Bülow geleitet. Außerdem gehören ihr folgende Herren an: Geheimrat Zechlin als Referent für Polen, Legationsrat Voigt für das Saargebiet, Geheimrat Semmen für Wirtschaftspragen, Gesandter Freitag für Minderheitenfragen, die Legationsräte Wolke und Reibhammer. Ihnen wird sich der übliche technische Beamtensstab anschließen. Reichsaussenminister Stresemann und Staatssekretär v. Schubert werden sich am Sonnabend von San Remo aus gemeinsam zur Ratstagung begeben.

Das Reichsinnenministerium vor dem Haushaltsauschuß.

Berlin, 2. März. Der Haushaltsauschuß des Reichstages begann heute seine Beratungen über den Etat des Reichsinnenministeriums des Innern. Der Berichterstatter Dr. Schreiber (Ztr.) stellte eingangs fest, daß der Etat des Reichsinnenministeriums mit seinem Wirrnis von unterschiedlichen Staatsmitteln als der schwierigste Reichsetat anzuprehen sei. Gegenüber dem Vorjahre mit einem Zuschuß von 81 817 885 Mark wird der neue Etat mit 53 356 455 Mark eine Erparnis von über 28 Millionen erbringen. Auf die fortbauenden Ausgaben würden danach 23 322 222 Mark, auf die einmaligen Ausgaben 33 443 950 Mark entfallen. Der Etat des Reichsinnenministeriums stehe damit gegenüber dem Heeresetat mit 484 Millionen und dem Marineetat mit 223 Millionen dem Etat des Reichsverkehrsministeriums mit 256 und dem des Reichsarbeitsministeriums mit 767 Millionen Mark weit zurück. Im neuen Etatsjahr müßte vor allem wieder an die einmaligen Beihilfen für wirtschaftlich und kulturell besonders bedrängte Grenzgebiete gedacht werden. Der Berichterstatter ging dann auf Beamtenfragen, auf die Unterfütterung bekannter Kulturinstitute und die Verbesserung der Verwaltungsorganisation näher ein.

Deutsch-polnische Verhandlungen wegen der Grenzstrecke der Warthe.

Berlin, vom 14. bis 16. Februar sind in Posen die im August 1926 in Oppeln begonnenen Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Regierungsvertretern über die Verwaltung der die Grenze bildenden Strecke der Warthe und den Verkehr auf dieser Strecke fortgesetzt worden. Die Verhandlungen haben zur Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens durch den Gesandten Dr. Eckardt einerseits und den polnischen Delegierten von Koczorowski sowie den Botschaftsrat von Jastrzewski andererseits geführt. Ferner sind in Posen zwischen den beteiligten Ressortvertretern Verhandlungen über den gemeinsamen Ausbau der Grenzstrecke der Drenowz eingeleitet worden. Die Verhandlungen lassen ebenso wie die gleichzeitig fortgeführten bereits seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen zwecks Vorbereitung eines deutsch-polnischen Abkommens über die Fischerei in den Grenzgewässern und Grenzgewässern einen befriedigenden Ausgang erhoffen.

Vor einer neuen Aera der russischen Balkanpolitik?

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist aus Wien in Moskau die Nachricht über die Anerkennung der Sowjetregierung durch die jugoslawische Regierung eingetroffen. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht fehlt noch. Falls diese zutreffen sollte, wird der russische Gesandte in Wien die Verhandlung mit der jugoslawischen Regierung aufnehmen. Die Annäherung zwischen der Sowjetregierung und Jugoslawien ist bereits im Vorjahre vom russischen Botschafter in Berlin eingeleitet worden. Die

Heer und Volk ist hergestellt, die Wehrmacht hort auf, in den Augen der Zivilbevölkerung ein Staat im Staate zu sein; Bürger und Wehrmacht sind gleichmäßig vom letzten Sinn und Weltbaltischen Geistes überzeugt. Rektor Brooks der Universität in Missouri äußert sich darüber folgendermaßen: „In unserer Zeit alter hängt der Erfolg von der Zusammenfassung aller Kräfte unter einer Führung für ein gemeinsames Ziel ab. Wir haben nirgends eine bessere Gelegenheit, diesen wichtigen Teil der Erziehung zu fördern, als durch die militärische Ausbildung.“ (Manchester Union vom 4. August 1926.)

Wird so ein hohes Maß von Verständnis und Entgegenkommen von weiten Kreisen der Bevölkerung eines Landes gefördert, so ergibt sich daraus nicht nur die Verpflichtung für die Wehrmacht, daß die Anregung zu diesem Zusammenarbeiten von ihr ausgeht, sondern die Armee muß auch ihrerseits sich an die Denkwürdigkeit ihrer Zeit anpassen. Ich folge hier wieder den Gedankengängen des Obersten Stuart.

Das Heer muß für den Kampf ums Dasein in seiner Umgebung Verständnis zeigen und kann dabei helfend eingreifen. Ist erst das Interesse des Volkes für militärische Dinge geweckt, so ist es ein leichtes, die Durchführung der für die Landesverteidigung notwendigen Friedensmaßnahmen in der Form „produktiver Erwerbslosgeldförmige“ zu erreichen. Ja, vielleicht kann sogar die Stärke des Friedensheeres bis zu einem gewissen Maß der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes angepaßt werden. In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, daß vor kurzem in der französischen Kammer die stolzen Worte fielen: „Das französische Volk hat noch nie sein Einverständnis verweigert, wo es die Verteidigung des Landes galt.“

Oberst Stuart fährt etwa fort: Die Armee sucht die notwendige Disziplin durch Erziehung zu erreichen. Ueberall fragt man aber jetzt: Warum? Vielleicht können wir das beste der militärischen und zivilen Disziplin verbinden. Im Eisenbahnenwesen ist in dieser Beziehung manches vortrefflich. Die Leute tragen zum Teil erhebliche Verantwortung und werden dabei nicht immer beaufsichtigt. Erziehung allein bildet aber nicht den Charakter, Verantwortlichkeit bildet ihn. „Ist dies nicht gerade das, was wir als Vorbereitung auf den nächsten Krieg erstreben?“

Der hier vorgezeichnete Weg zur Einheit zwischen Volk und Heer bedingt somit regsten Gedankenaustausch zwischen beiden und schiebt berechtigterweise die Initiative dem Heer zu. Muß es wunder nehmen, daß in einem Staat, in dem diese wechselseitige Geistesarbeit künstlich abgeschnürt ist, jenes Verständnis des Volkes für das Heer fehlt und dadurch schwere innere Krisen hervorgerufen werden?

Hier scheint der Angelpunkt deutscher Wehrlosigkeit zu liegen.

Besserung der Lage der Engländer in China.

Nach den in London aus den verschiedenen Teilen Chinas eingegangenen Telegrammen wird die allgemeine Lage als unverändert angesehen. In Zhang ist eine leichte Besserung eingetreten, da die Behörden Pläne anknüpfen ließen, in denen es heißt, daß die Kantongregierung freundschaftliche Beziehungen mit Großbritannien und den Schutz des britischen Lebens und Eigentums wünsche. Auch in Wankien hat sich die Lage gebessert und der Boykott gegen britische Dampfer ist eingestellt worden. Nach aus Peking und Hankau vorliegenden Berichten ist in den letzten Tagen keine wesentliche Veränderung in der politischen Lage zu verzeichnen.